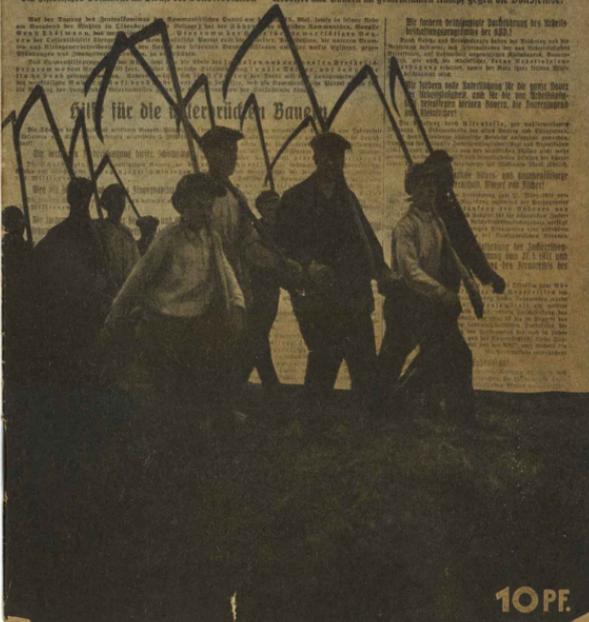


Kampf um die Scholle

Bauernhilfsprogramm der KPD.

Ein wichtiges Dokument im Dienst der Volksrevolution — Verbreitet und benutzt im gemeinsamen Kampf gegen die Volksfeinde!



Silb für die Arbeiter und Bauern

10 Pf.

ERNST THÄLMANN

Volksrevolution über Deutschland

In dieser Rede, gehalten in dem Plenum des ZK. der KPD., 15. bis 17. Januar 1931, erklärt der Führer der deutschen Kommunisten die politische und wirtschaftliche Situation, die Lage der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen, er zeigt den Ausweg aus dieser Krise — die Volksrevolution.

64 Seiten

20 Pfennig

Osthilfe- Volksbetrug

Das wahre Gesicht des „Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens“ vom 31. März 1931

2 500 Millionen Reichsmark Unterstützung bewilligte der Reichstag den östlichen Gebieten.

Wer bekommt diese Unterstützung?

Junker und Großbauern sind die Nutznießer der „Osthilfe“.

Die soeben erschienene Broschüre zeigt die heutige Situation in Ostpreußen — Kleinbauern ohne Land, Landarbeiter ohne Löhne und dagegen Großbauern mit Land, Geld und dazu noch Unterstützungen.

24 Seiten

10 Pfennig

HERAUSGEGEBEN VOM ZK. DER KPD.

Kampf um die Scholle

**Das Bauernhilfsprogramm
der KPD.**



**INTERNATIONALER ARBEITER-VERLAG
BERLIN C 25**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Der Kampf um die Scholle	3
II. Bauern ohne Land	5
III. „Bereidungswirtschaft“ wird uns retten!	7
IV. Maismonopol ruiniert die kleinen Geflügelhalter	9
V. Der Zuckerrübenanbau — ein Privileg der Großen!	10
VI. Der Steuerjoch des Arbeitsbauern	10
VII. Jinsen und Pasteten fressen den Bauern	12
VIII. Der Zwischhandel lebt auf Kosten der Bauern und Arbeiter!	14
IX. Die Wucherpreise der Großindustrie	15
X. Verhungern bei vollen Scheineln!	17
XI. Milliarden für die Großen	18
XII. Arbeiter, Bauern in Stadt und Land, reicht euch die Hand!	20
Anhang: Bauernhilfsprogramm der KPD.	22



Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag 1931, Berlin C 25.
Verantwortlich für Inhalt und Verlag: Willi Kasper, MWL, Berlin.
Druck: Druckerei Fortschritt AG, Filiale Hannover, Ringesmarkt 21.

Der Kampf um die Scholle

Eine nie dagewesene Wirtschaftskrise hat fast die ganze Welt ergreifen. Rund 30 Millionen Erwerbslose zählt man in den großen „Kulturländern“. Hochöfen und Zementwerke liegen zum großen Teil still oder arbeiten nur wenige Tage in der Woche. Die Vorräte in den Lagerhäusern häufen sich.

Auch die Landwirtschaft ist in den Ruin hineingerissen. 11 bis 12 Millionen Tonnen Weizen liegen unverschütt in den amerikanischen und australischen Scheitern. Schon ist es zu Hungerrevellen ruiniert Farmer gekommen. Selbst in den schlimmen Krisenjahren am Ausgang des letzten Jahrhunderts standen die Getreidepreise nie so tief wie heute. Und die Preise für Schweine, Vieh, Molkereiprodukte, Futtermittel sind ihnen nachgehört.

Ein fieberhaftes Wettrennen aller Staaten hat begonnen, um sich vor der Hochflut des Heberangebotes zu schützen. Man sperrt die Grenzen mit Zollmauern, Einfuhrverboten, Einfuhrkontingenten. Man errichtet Staatsmonopole, die die Einfuhr und den ganzen Verkehr regulieren sollen; man schafft einen gezielten Verwendungszwang für Inlandprodukte; man gibt der einheimischen Industrie und Landwirtschaft Beihilfen, Kredite, Steuernadial, Prämienleistungen, damit sie sich umstellen sollen auf marktunfähige Ware, damit sie durch Mechanisierung des Betriebes die Ansofen senken; ja, man schaut sich nicht, die Köhne der Arbeiter und Angestellten schart zu fügen, den Erwerbslosen, Kranken, Arbeits- und Kriegsinvaliden die Unterhaltungen zu beschneiden, nur um Geld freizumachen für Exportprämien und andere Ausgaben des gesteigerten Kampfes um die Märkte.

Und das alles hält die Krise nicht auf! Wie der schwarze Tod im Mittelalter schleicht sie weiter von Land zu Land. An keiner Grenze magt sie halt. Sie ist in Frankreich wie in Amerika, in Australien wie in Deutschland zuhause, die Arbeiter jagt sie aus der Werkstatt, den Bauern von der Scholle.

In Deutschland, das den Krieg verloren hat, ist sie besonders heftig. 2 Milliarden Mark Kriegskredite jährlich hat kein Kassenstück. 5 Millionen Erwerbslose zählt man am 15. März 1931. 13 Millionen Menschen, so erklärte Müller Siegerwahl im Reichstag, sind von öffentlicher Unterhaltung abhängig. Die Reichsbahn hat ein Defizit von rund 1 Milliarde Mark, von der veranschlagten Lage der Länder und Gemeinden gar nicht zu sprechen. Und das trotz höchstloster Steuererhöhungen und Einsparungen, trotz Tabaksteuer, Biersteuer und Zundersteuer, trotz Kopf- und Getränkesteuer, trotz unerbörter Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, der Krisenlosgänge, der Gemeindeförderung, der Krankentafel, ja, selbst der Invaliden- und Kriegspensionen. Im Gegenteil, je härter man „pariert“, je härter die Steuerlasten angezogen werden, je mehr man schließlich die Preise hochhalten will, desto tiefer wird die Krise, weil der Verbrauch noch mehr zurückgeht, weil jeder Arbeiter, jeder Bauer, jeder Klein- gewerbetreibende noch mehr als bisher den Hungerriemen anziehen muß.

Und schon folgt dem Massensterben der Wirtschaft das Massensterben der Menschen. Die Geburtenzahl geht nicht allein in den Großstädten, sondern auch auf dem flachen Lande rasch zurück. Die Schwindsucht, die Krebskrankheit und andere Volksleiden nehmen überhand. Nicht mit Unrecht klagte der Landrat des Kreises Falkenberg in der Grenzmark beim Empfang des Reichsanwalters auf seiner Ostreise, daß die große Zahl der unterernährten Kinder aus den bäuerlichen Kreisen 'kommen'; denn der kleine arbeitende Bauer kann sich schon seit Jahren nur auf seiner Scholle halten, wenn er das letzte Ei, den letzten Liter Milch verkauft und mit seiner Familie bei härtester Arbeit von Kartoffeln und entrahmter Milch lebt.

Hunderttausende kleiner Bauern in Deutschland konnten sich außerdem nur deshalb halten, weil Söhne und Töchter in die Industrie auf Lohnarbeit gingen. Auch das hat heute zum großen Teil aufgehört. Nun müssen sie, wie der Arbeiter in der Stadt, "stempeln" gehen, ohne aber Unterstützung zu bekommen, denn nach Ansicht der Regierung und der Reichsanwalt für Arbeitslosenversicherung genügen 2 bis 3 Heller Land, um eine 10köpfige Familie zu ernähren.

Kein Wunder, daß Sturmwolken über Deutschland stehen: Demonstrationen der Hungernden und Ausgestoßenen, Streiks gegen den Rohstoffabbau, Bauernrevolten, Widerstand gegen Zwangsvollstreckungen — Not kennt kein Gebot, Gehege hören auf, wo das Gehege der nackten Selbsthaltung anfängt.

Die Regierung will dem Sturm durch "Notverordnungen" steuern. Kleiner Belagerungszustand, Polizeistempel, Gendarmen, die die Vollstreckungsbeamten schützen, Zensurverbote, Gefängnis, ja Zuchthausurteile, — aber kann das den Hungernden Brot schaffen? Kann das den Arbeitsbauern vor Schulden und Gant schützen? Die Sturmwolken schieben höher — jeder Arbeitsmann, jeder werktätige Bauer muß wissen, wohin er gehört, welchen Weg er gehen, mit wem er kämpfen will.

Bauer in Not!

Bauer in Not! Der Ruf ist nicht neu. Aber der Notruf allein bringt nicht die Rettung. Es kommt darauf an, welche Mittel und für wen sie angewandt werden.

Am 12. Februar 1931 gab der Zentrumsabgeordnete Professor Dejjauer im Reichstag eine Aufzählung bekannt, wonach jährlich eine Summe von 4000 Millionen Mark vom deutschen Volke aufgebracht wird, um die Landwirtschaft zu stützen.

4000 Millionen Mark jährlich — das Doppelte der Kriegstrübsel — an Zöllen, Preisstützungen, Zinsverbilligungen, Darlehen und Zuschüssen, Exportprämien, Steueranlässen und dergleichen, zum "Schutze der Landwirtschaft". Aber bezahlt sie? Die Massen der werktätigen Steuerzahler und Konsumenten: Arbeiter und kleine Bauern!

Reichsernährungsminister Siegel konnte im Reichstag auf "bedeutliche Erfolge" hinweisen, die er mit dieser Politik erzielt hat. Weizen kostete z. B. in Berlin 300 Mark die Tonne, auf dem Weltmarkt 135 bis 115 Mark. Roggen kostete Anfang April auf 185 Mark die Tonne, in Rotterdam kostete er 70 Mark. Butter kostete ab Magdeburg im Groß-

handel 20 Mark der Zentner, in London 7 bis 8 Mark. Selbst der Sturz der Schweinepreise in Deutschland auf 40 Mark und darunter je Zentner Lebendgewicht ist verhältnismäßig klein gegenüber dem Preissturz in Polen und Dänemark, wo der Zentner um 25 bis 27 Mark verkauft wird. Mit Hilfe des Wirtschaftsjuweliers und der repräsentativen Speisegäste sowie des Reismonopols ist es gelungen, die Einfuhr von Brot- und Futtermitteln in wenigen Monaten um hundertzehntausende Tonnen zu verringern.

Und trotzdem meiden die Zeitungen, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen in rascher Zunahme begriffen ist und ganz besonders die Zwangs- und Notverkäufe aus bäuerlichem Besitz. Und jeder Bauer weiß aus eigener Erfahrung, daß seine Lage nicht besser, sondern schlechter geworden ist. Hier muß uns faul sein in dem "Bauernschutz" der Regierung in den Reichstagen und Rettungsprogrammen der Landtags- und Bauernvereinsführer selbst. Gehen wir dem Uebel auf den Grund!

II.

Bauern ohne Land

Bauer gehört zu Bauer! rufen die Führer der Grünen Front und meinen damit, es gehe dem Rittergutsbesitzer, ja selbst der hochadligen Grundherzöge nicht besser als dem kleinen Häubler, der als Ein- oder Zweipänner oder vielleicht gar nur mit Kühen, wie in Süddeutschland üblich, sein Feld bestellt. Und doch fährt der eine im Auto, und der andere geht zu Fuß; die Frau des einen amüsiert sich im Modebad, die Kleinbäuerin kocht insofern Hebräerarbeit beim. Das ist also die erste große Lüge, mit der man den Bauern auf falsche Bahn gelockt hat. Der „gnädige Herr“ auf dem Schloß und der Kleinbauer in der Hütte haben verdammt keine Interessen miteinander gemein. Ein Blick auf die deutsche Betriebsstatistik und die Eigentums- oder Pachtverhältnisse beweist das.

	Betriebe unter 5 Hektar:	Landwirtschaftliche Flächen:
	71 % aller Betriebe	7 % der landwirtsch. Fläche
Preußen	77 %	11 %
Brandenburg	71 %	8 %
Pommern	65 %	6 %
Grenzmark	75 %	13 %
Riederrhein	78 %	21 %
Oberpfalz	84 %	15 %
Sachsen	79 %	7 %
Schleswig-Holstein	80 %	29 %
Hannover	83 %	25 %
Westfalen	86 %	18 %
Bayern-Süd	89 %	33 %
Bayern-Nord	71 %	34 %

Im Reichsdurchschnitt bewirtschaften 77 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe 17,6 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen.

Die mittleren Bauernbetriebe mit 5 bis 20 Hektar betragen 19 Prozent aller Betriebe und bewirtschaften 35,8 Prozent des Bodens.

3,9 Prozent Großbauern bewirtschaften dagegen 26,4 Prozent des Bodens und

0,2 Prozent Rittergüter 20,2 Prozent des Bodens,

Was bedeuten diese Zahlen? Sie bedeuten, daß weniger als 19 000 Rittergüter (mit 6,16 Millionen Hektar) mehr Boden bebauen als 4 000 000 Zwerg- und Kleinbauern (mit 4,5 Millionen Hektar). 1 000 000 mittlere Bauernbetriebe bewirtschaften mit rund 9,2 Millionen Hektar um fast einem Drittel weniger Boden als noch nicht einmal 220 000 Großbauern und Junker mit 11,9 Millionen Hektar.

Was ist die Folge dieser Bodenverteilung in Deutschland?

70 Prozent aller Bauern können überhaupt keine modernen Maschinen verwenden. 18,9 Prozent aller deutschen Bauern können Maschinen nur ganz ungenügend verwenden. Und nur 0,2 Prozent sind imstande, wirklich mit Erfolg zeit- und arbeitsparende Maschinen zu gebrauchen.

Was aber Maschinen in der Landwirtschaft bedeuten, zeigt folgende Aufstellung:

70 Maschinen mit Ochsen	4,0	Arbeits-tage für 1 Hektar
Wägen mit Dampfzug	0,6	" " " 1 "
Grasmähen mit Sense	2,5	" " je Hektar
Grasmähen mit Grasmäher	0,5	" " " "
Getreidemähen und -binden mit Selbsthölzer	3,0	" " " "
Getreidemähen und -binden mit Schlehdreher	0,3	" " " "
Kartoffelbeulen mit Hand	5,6	" " " 100 Doppelsentner
Kartoffelbeulen mit Maschine	2,8	" " " 100 "
Abladen a. Garben m. Hand	24,0	" " " 100 Fuder "
Abladen a. Garben m. Höhenförder	9,0	" " " 100 "

Welche gewaltigen Ersparnisse an Arbeitskräften und Arbeitszeit im maschinellen Großbetrieb! Kein Wunder, daß in Nordamerika, wo Getreide fabrikmäßig in Reizenbetrieben produziert wird, trotz höherer Arbeitslöhne weit billiger verkauft werden kann.

Getreideaus hoffnungslos ist aber die Lage der getreidebauenden Kleinbetriebe geworden, seitdem Schlepper und Mähdreher ihren Einzug in die Landwirtschaft gehalten haben. Mit ihrer Hilfe hat man die Getreideernten für den Feinster Weizen auf 2,85 Mark bis 3,50 Mark je Hektar und den Anbau auf bisher unfruchtbare, halbbüdere Steppen-gebiete ausgedehnt, wo der Boden fast nichts kostet und niemals gedüngt zu werden braucht. Während der deutsche Bauer wie der kleine Farmer am Mississippi ruiniert zusammenbricht, dehnen die großkapitalistischen Landgesellschaften in Nordamerika, Argentinien, Australien auch bei den heutigen Preisen ihre Anbauflächen noch aus!

Gegen diese Revolution der Ackerbautechnik hilft kein Zoll, kein Vermarktungsweg, kein Einfuhrverbot. Die großen Getreidegesellschaften unterdrücken alles, was da ist, überbringen die höchsten Zölle und rufen sich gegen Einfuhrverboten dadurch, daß sie ihre Regierungen veranlassen, den deutschen Indus-trieexport ebenso zu hemmen, wie Deutschland ihr Getreide importiert.

„Beredelungswirtschaft“ wird unrentabel!

„Beredelungswirtschaft!“ rufen die siebenmal geheilten Sachverständigen den deutschen Bauern zu. Uebergang zur Beredelungsgewirtschaft! Nicht Getreidebau, sondern Vieh, Milch, Obst, Gemüse und Obstbau sollen die Lösung sein, nur allem für den bäuerlichen Familienbetrieb. Gut gebräut, Lömel! Aber zum Uebergang braucht der Bauer Geld, Zucker, Süßholzwurzel, Glas- und Beregnungsanlagen, Entwässerungsarbeiten, Düngemittelfabrik und vieles andere. Wird ihm der Staat das schenken?

Jedes Jahr werden 80 bis 100 Millionen Mark im Reichshaushalt für landwirtschaftliche Zwecke bereitgestellt. Jedes Jahr fordern die Kommunisten, daß diese Mittel der Steuerzahler ausschließlich zur Verbesserung und Umstellung der bäuerlichen Produktion verwendet werden. Jedes Jahr werden die kommunistischen Anträge einmütig abgelehnt.

Der arbeitende Bauer kann unmöglich aus eigener Kraft auch nur diejenigen Fleisch- oder Milchträge erzielen, die ein durchschnittliches Rittergut erzielt. Die Erhebungen des Deutschen Reichstages haben folgende Jahresmilchträge pro Kuh ergeben:

Nordpreußen:	
beim bäuerlichen Betrieb von 5 bis 50 Hektar	1977 Liter
beim Betrieb von 50 bis 100 Hektar	2511 "
beim Großbetrieb über 200 Hektar	3169 "

Nordwestdeutschland:	
Betriebe von 5 bis 20 Hektar	2515 "
Betriebe von 20 bis 100 Hektar	2973 "
Betriebe über 100 Hektar	3170 "

Mitteldeutschland:	
Betriebe von 5 bis 20 Hektar	2106 "
Betriebe von 20 bis 100 Hektar	2582 "

Und so in allen Teilen Deutschlands. Im Süden und im Westen aber, wo die Kuh gleichzeitig als Zugtier des kleinen Bauern dient, ist der Unterschied noch viel größer. Auf je 1000 Kühe entfallen z. B. im Kleinbäuerlichen Boden 656 Arbeitskräfte, dagegen im großgrundbesitzigen Mecklenburg nur 33. Während Milchläufe in den Kontrollvereinen nach den Angaben des Statistischen Reichsamts eine durchschnittliche Jahresleistung von 3473 Liter ergeben, beträgt die Leistung unkontrollierter Kühe 2300 Liter und die der Jungkühe höchstens 1600 Liter, vielfach sogar unter 1000 Liter im Jahr. Nur 2 Prozent aller kontrollierter Kühe sind aber im Kleinbetrieb (2 bis 5 Hektar), noch keine 9 Prozent in den bäuerlichen Mittelbetrieben. Alle Klein- und Mittelbauern zusammen (bis 20 Hektar) haben zwar 65,52 Prozent aller Kühe im Stall, aber nur 11,69 Prozent hochwertigen Kollektivs.

Wenn den Bauern in Oldenburg oder im Allgäu also das Leben der „Beredelungswirtschaft“ als Rettung vorgezogen wird, so dürfen diese nicht vergessen, daß der Vorhänge des Reichslandbunds?

am 29. Januar 1931 seinen Freunden empfahl: „Umstellung des Oflens auf Rindviehhaltung.“ Im Oflen aber ist der Träger der Genossenschaft nicht der Bauer, sondern der Junfer. Die Güter über 100 Hektar umfassen in Bornum 3, und 50 Prozent der ganzen Fläche, in Mellendorf sogar 88,2 Prozent. Milch, Butter- und Käsefälle, auf die der Bauer im Norden, Westen und Süden heute seine Hoffnung setzt, sollen also nicht ihm, sondern dem weit überlegenen Großgrundbesitzer reiflos zugute kommen.

Über die nordwe. deut. Schweinemast wird vernichtet

Wie steht es aber mit der Schweinemast? Seit drei Jahren macht sich eine merkwürdige Wanderung des Schweinebestandes von Westen nach Osten bemerkbar. Während in Nordwestdeutschland der Schweinebestand in der Zeit vom 1. 12. 1929 bis 2. 3. 1931 um 15 Prozent abnahm, liegt er im Oflen um 18 Prozent! Und während im Nordwesten die Fütterungsstellen für 100 Kilogramm Lebendgewicht von 83,60 Mark auf 92,40 Mark dank der Schiefe-Jälle und der Gollnrozzgen politisch liegen, fielen im Oflen die Erzeugungsstellen von 95 Mark auf 70,90 Mark. Was bedeutet diese Schweinewanderung? Bisher waren die besten und größten Schweinemastbetriebe in Deutschland Mecklenburg, Ost- und Westpreußen. Längere Feiner und mittlerer Bauern haben hier, sei es mit eigenen Futtermitteln, zum größten Teile aber unter Zukauf billiger Auslandgerste, Schweine gemästet. Ganz natürlich hat sich diese nordwestdeutsche, vorwiegend bäuerliche Schweinemast entwickelt, waren doch Futtermittelbesitz und Absatzmarkt nahe bei der Hand; der Fischhofen von Hamburg und das große westdeutsche Absatzgebiet.

Jetzt wandern die Schweine nach Osten! Die Regierung sagt, weil dort die Futtermittel wachsen: Roggen und Kartoffeln. Aber Gerste ist ja das beste Mollfutter und wäre im Westen billig zu haben, wenn — ja wenn die Regierung nicht dem ostelbischen Junfer ausheben den Futtergerstestoll auf 18 Mark je Doppelzentner und Gerste in der Ostsee auf 12 Mark je Doppelzentner, während sie im Fischhofen von Bremen für 7,50 Mark einstrift. Der nordwestdeutsche Schweinemäster wird gezwungen, für das „Mollfutter“ des „Roggenomwiltars“ Dr. Baabe — bestehend aus Futterroggen, Kartoffelfrüchten und „verbilligter“, d. h. mit 6 Mark verpollter Auslandsgerste — 18 bis 20 Mark je Doppelzentner zu bezahlen! So wird der kleine Bauer in Mecklenburg und Ostpreußen ruiniert, damit der ostelbische Junfer seinen Roggen losschick. Das Institut für Konjunkturforschung muß in seinem Wochenbericht vom 4. März 1931 diese Tatsache mit folgenden Worten zugeben:

„Während z. B. die Nachbarländer Niederlande und Dänemark den Preis für an den Futtermittelmärkten zur Verfügung ihrer irdischen Produktion in diesem Ausmaß haben, mußte die deutsche Wirtschaft infolge der Einfuhrbeschränkung zum Teil auf die Ausnutzung der billigen Futtermittelpreise am Weltmarkt verzichten.“

Der Fleischverbrauch nimmt aber infolge der großen Arbeitslosigkeit fortwährend ab. Infolgedessen fallen die Preise: 37 bis 40 Mark erhält der Bauer für den Zentner Lebendgewicht. Die Futtermittel

kosten ihn schon mehr. Nur der fabrikmäßige Großbetrieb im Oflen, der Junfer, der mit eigenem Roggen und eigenen Kartoffeln mäslert, kann bei diesen Preisen noch bestehen. Was kümmert es die Regierung, wenn Hunderttausende bäuerlicher Schweinewäster in Nord- und Westdeutschland zugrunde gehen! „Dillike“ ist die Parole, nicht Hilfe für die Bauern im Osten, sondern für Grafen, Barone und andere Gutsherren.

IV.

Maismonopol ruiniert die kleinen Geflügelhalter

Auf Drängen der „Grünen Front“, der die Futtermittelölle nicht hoch genug sein können — in der „Deutschen Tageszeitung“ verlangt man jetzt sogar Spezzergölle für Dilliken, damit die Kleie höhere Preise erzielt —, wurde im März 1930 auf Antrag des Sozialdemokraten Breitfeld und des jetzigen Kanzlers, des Zentrumsgewählten Brüning, das „Maismonopol“ eingeführt. Danach darf Mais in Deutschland nicht ohne Genehmigung dieser Monopolstelle, nicht ohne Zahlung einer besonderen Gebühr und nicht unter dem von der Monopolstelle festgesetzten Preise verkauft werden.

Die Folge dieser letzten Maßnahme ist folgende: die Tonne Mais kostet am Weltmarkt und 80 Mark, der Monopolpreis in Deutschland ist 217 bis 240 Mark, die Händler nehmen bis zu 300 Mark!

Die Regierung verpricht zwar den Bauern, die eine bestimmte Anzahl Hühner pünktlich der Genossenschaft abliefern, Bezugscheine für etwas billigere Futtermittel. Aber aus das ist ein leerer Trost. Die meisten kleinen Geflügelhalter haben so viel Zinsen, Pacht und Steuern zu bezahlen, daß sie ihren Bezugschein gleich zu Geld machen müssen. Die Händler kaufen ihnen das Futtergen billig ab, beziehen selber den verbilligten Mais und bringen ihn natürlich zu höchsten Preisen naher in den Verkauf. So „helfen“ die Regierung und die „Grüne Front“ der deutschen Geflügelwirtschaft!

Aber selbst wenn es gelingen würde, die „Veredelungswirtschaft“ des deutschen Bauern weiterzuentwickeln — er bleibt doch in der Sackgasse. In allen Ländern wird ja dieselbe Umstellung im Schutze höher und höherer Einfuhrzölle gemacht. Schon haben selbst Dänemark und Holland, die alten Musterländer der Veredelungswirtschaft, daß die Konkurrenz aus Amerika, Neuseeland, den Niederlanden, Polen, ja selbst China (Eisenausfuhr) ihnen die Kehle zuschnitte. Dabei sterben in China 100 Millionen Menschen buchstäblich Hungers, stehen in Deutschland 5, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas 9 Millionen arbeitslose Arbeiter hungierend auf der Straße!

Für wen soll der Bauer eigentlich Fleisch, Milch, Eier, Obst und Gemüse produzieren? Für hungrierende Menschen, die nichts kaufen können? Er wird dabei zugrunde gehen! Die noch vorhandenen geringen Abnahmlichkeiten beherrscht der rationelle Großbetrieb mit seiner Standardware und den niederen Produktionskosten. Den Bauer schlagen die Konkurrenz der einheimischen Großbetriebe und die Konkurrenz des Auslandes.

Der Zuckerrübenanbau — ein Privileg der Großen!

Auch Zucker gibt es angeblich zweifelt in Deutschland. Man hat den Zoll (32 Mark je Doppelzentner) doppelt so hoch gemacht wie den Weltmarktpreis (16 Mark je Doppelzentner) und weiß trotzdem nicht, wohnen mit dem Zucker. Dabei ist der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland nur halb so groß wie z. B. in Dänemark, aber England. Statt aber durch höhere Löhne den deutschen Arbeiter in stand zu setzen, genug Zucker, Fleisch, Milch, Eier, Obst und Gemüse zu verzehren, steigert man künstlich die Preise und — befragt sich, daß die Regierung die Zölle in 1931 in Dänemark über die Produktion für Deutschland festsetzt. Laut Verordnung vom 27. März 1931 dürfen in Deutschland nicht mehr als 41 Millionen Zentner Rohzucker erzeugt werden. Entsprechend fügen die Fabriken die Lieferungen der Zuckerrübenbauer.

Als Maßstab wird die Durchschnittsproduktion in den Jahren 1924 bis 1929 zugrunde gelegt. Und warum gerade diese Jahre? Nun, weil 1930 die kleinen Bauern in Süd- und Westdeutschland in Ermangelung einer preiswerteren Kulturslange ihre Zuckerrübenzeugung um 20 Prozent vermindert haben! Das darf nicht sein! Die großen Rübenbauer fürchten die Konkurrenz der kleinen Rübenbauer. Denen wird insolge dessen die Ausdehnung ihres Anbaues gesetzlich unmöglich gemacht. Wägen Sie sehen, wie sie auskommen! Während in Ostpreußen 92 Prozent des bisherigen Anbaues bestehen bleiben, sollen im bayerischen Rheingebiet und Süddeutschland nur noch 70 Prozent der sechsjährigen Erzeugung angebaut werden. Das nennen Regierung, Landbund und Landvolkspartei „Bauernschutz“. — Umsonst verlangten die Kommunisten Freilassung der Kleinbauern von jeder Einschränkung, Verpflichtung der Fabriken, die Rüben der Arbeitsbauern vor den Rüben der Großen abzunehmen.

VI.

Der Steuerfuß des Arbeitsbauern

Wer mehr arbeitet, muß mehr zahlen

„Bestrafung einer alten Legende“, schrieb neulich triumphierend die „Deutsche Tagespost“, das Organ der Landbaujunker und des Ministeriums Schiele. Sie verurteilt an Hand der amtlichen Steuerlisten nachzuweisen, daß der Bauer in Deutschland nicht höher, sondern so möglich niedriger besteuert wird als der Gutsherr. Genau das Gegenteil ist wahr. Jeder Bauer spürt das am eigenen Leibe. Man muß nur die Gesamtsteuern aus Reich, Ländern und Gemeinden zusammennehmen und auf den Hektar Landbesitz umrechnen. Folgendes Bild ergibt sich dann:

In Ostpreußen zahlt der Kleinbauer mit weniger als 5 Hektar Boden durchschnittlich 23,9 Mark pro Hektar, der mittlere Bauernbetrieb bis 40 Morgen 23,5 Mark, der Gutsherr mit 500 Hektar und mehr 20,1 Mark Steuer. Noch größer ist der Unterschied in Bayern. Der kleine Bauer zahlt dort durchschnittlich 20,9 Mark, der mittlere 22,4 Mark und der Großgrundbesitzer nur 15,1 Mark je Hektar. Ganz toll ist aber das Verhältnis in Baden, dem „Mutterlande“ der bäuerlichen Klein- und Zwergbetriebe. Der kleine badiische Bauer zahlt 63,4 Mark je Hektar, der Großbauer mit 50 Hektar nur noch 26,4 Mark und das Rittergut nur 21,3 Mark.

Besonders schwer rühnen auf dem Klein- und Zwergbesitz die Grund- und Gebäudefiskus. So zahlen in Ostpreußen Klein- und Mittelbauern durchschnittlich 14 bis 15 Mark je Hektar ihres Bestes, in Bayern 10 bis 11 Mark, in Baden sogar 37 bis 44 Mark. Die Großgrundbesitzer aber sind hier heraus. Sie zahlen in Ostpreußen 8 bis 9 Mark durchschnittlich auf den Hektar, in Bayern 5 bis 7 Mark, in Baden 11 bis 15 Mark.

Auch die Einheitswerte werden beim Kleinbesitz viel höher gezahlt als beim Großbesitz. Der Durchschnittseinheitswert im Deutschen Reich ist beim Zwergbetrieb unter 2 Hektar 2955 Mark, beim Kleinbetrieb von 2 bis 3 Hektar 1600 Mark, von 3 bis 5 Hektar 1418 Mark, beim Großbauern von 50 bis 100 Hektar nur noch 910 Mark und bei den ganz großen Gutsherzschaften 307 Mark.

Die Betriebsintensität je größer im Kleinbetrieb als im Großbetrieb, wo größere Strecken Wald, Heide, Weide und Bäume mit eingerechnet werden. Zugegeben, der kleine Bauer muß jedes Erbsen seines Bodens gründlicher aus als der Großbesitzer, ist das ein Grund, ihn eine Erbssteuer aufzubringen? Oder er hat mehr Weidmühsamkeit. Aber gerade das legt eine viel höhere Arbeitsleistung voraus! Es bleibt dabei: **weil der Bauer mehr arbeitet, muß er mehr zahlen.**

Was helfen jene kleinen Erleichterungen in der Vermögens- und Einkommensteuer, die Herr Brüning in seiner Notverordnung vom 26. Juli 1930 den Bauern als Trostpreis schenkte? Sie sind nicht einmal Tropfen auf der heißen Stein. Sie sind wie alle anderen Maßnahmen dieser Regierung ein Mittel, um die Reichen auf Kosten der Armen noch reicher zu machen. Folgende Aufstellung, die wir der „Deutschen Bauernzeitung“ vom 10. Oktober 1930 entnehmen, beweisen das scharf. In einer Landgemeinde mit etwa 2800 Einwohnern, die infolge von Betriebsstilllegungen sehr hohe Kosten für Wohlfahrts- und Armenfürsorge aufzubringen hat, soll auf Anordnung des Kreis-ausschusses die Bürgersteuer erhoben werden, weil sonst eine Erhöhung der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer von 300 auf 350 Prozent erfolgen müßte. Die Ausmittlung dieser gegenständlichen neuen Einführung Steuins und Dietrichs sieht wie folgt aus:

Der größte Befizer in der Gemeinde mit 1800 Morgen Säfte jährlich zu zahlen:

bei 350 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer	5376,— Mark
bei 300 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer	4608,— Mark

Es part aber bei Einführung der Bürgersteuer, da er nicht in der Gemeinde wohnt

708,— Mark

Der zweitgrößte Besitzer, ein Kommerzienrat, würde für seine 560 Morgen jährlich zahlen:
 bei 350 Prozent Zinsfuß 2314,20 Mark
 bei 300 Prozent Zinsfuß 1983,60 Mark

part aber, da er nicht in der Gemeinde wohnt 330,60 Mark
 Ein Graf mit 376 Morgen zahlt:
 bei 350 Prozent Zinsfuß jährlich 903,— Mark
 bei 300 Prozent Zinsfuß jährlich 816,— Mark

part also von Zahlung von 42 Mark Bürgersteuer immer noch 45,— Mark
 Ein Stellenbesitzer 3 mit 16 Morgen zahlt:
 bei 350 Prozent Zinsfuß jährlich 37,80 Mark
 bei 300 Prozent Zinsfuß jährlich und Bürgersteuer 50,40 Mark

zahlt also bei Einführung der Bürgersteuer mehr:
 Eigentümer Paul Sg. mit 6 Morgen zahlt: 12,60 Mark
 bei 350 Prozent Zinsfuß 29,40 Mark
 bei 300 Prozent Zinsfuß und Bürgersteuer 40,20 Mark
 mithin mehr: 10,80 Mark

Bei einem Bauerngutsbesitzer mit 80 Morgen, der bei 350 Prozent Zinsfuß 105 Mark zahlen müßte, gleicht sich die Zahlung bei 300 Prozent und Bürgersteuer gerade aus!

So sorgt Bildung, der Vertrauensglaube, mit Hilfe der Unterdrückung Hinderburgs für die kleinen Bauern!!

VII.

Zinsen und Pächten fressen den Bauern

Immer und überall wird die Bauernarbeit ausgenutzt, um andere Leute reich zu machen. Der Bodenpreis, den der Kleinbauer zahlen muß, ist durchschnittlich drei- bis viermal so hoch als der Bodenpreis für Rittergüter. In Ostdeutschland stellen sich die durchschnittlichen Pachtpreise für Groß- und Kleinbetrieb wie folgt:

Ort	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis	Ergebnis
über 5 Hektar	2585 Mark	3735 Mark	3091 Mark	3691 Mark
über 100 Hektar	927 Mark	1073 Mark	970 Mark	970 Mark

Und dann kommt man und erklärt, das sei ein Zeichen der „Gesundheit“ des bäuerlichen Familienbetriebes. Ein Dreck ist das: die hohen Bodenpreise ruinieren die Bauern, denn sie bedeuten: hohe Hypotheken, hohe Steuern, hohe Pachtpreise, hohe Erbabschlüsse. Und woher kommen sie? Aus der Not des Bauern, der zu wenig Land hat, um seine Familie zu ernähren; aus der Not der zehntausende Bauernjöhne und Bauerntöchter, die, um Boden und Hof zu bekommen, einander die Preise feigen. Regierung, Landbund, Preußenliste sind freilich anderer Meinung. Nach ihnen ist es die Pflicht der Kleinbauern, durch Zahlung hoher Bodenpreise den „Gütermarkt zu rühen“.

Zwei Drittel der hochgerühmten „Anfiedlung“ dienen nur dem Zweck, durch hohe Bodenpreise den bankrotten Gutsbesitzern Geld in die Tasche zu stecken, ihre Kreditwürdigkeit zu verbessern!

Man sagt den Kleinbauern: Niedriger Bodenpreis ist niedriger Kredit! Aber der Kredit ist die Schlinge am Hals des Bauern, denn sein ganzes Leben, die Arbeit von Frau und Kindern dienen fortan nur, um die Zinsen aufzubringen. Die deutschen und internationalen Großbanken müssen sich mit Hilfe des Kredits vom Schicksal des Bauern. Der Gutsbesitzer, der mit dem Kredit Maschinen und Schiffe des Bauern, Kartoffelfloßfabriken gründet oder gar sich an Bergwerken und Eisenhütten beteiligt, mag ruhig 7 bis 10 Prozent Zinsen zahlen. Der Arbeitsbauer kann heute seine 3 Prozent mehr herauswirtschaften. Wer dem Bauern hier helfen will, muß ihm ansinlose Beihilfen geben.

Es ist ein Beweis für die eingeleitete Bauernfeindschaft der heutigen Genossenschaftsgeschäftsführer und Spitzenverbände, daß, wie im Reichstag noch vieles frühjährig festgestellt wurde, es Genossenschaften gibt, die billige 6- bis 7prozentige Staatskredite zu 10, 12 und 14 Prozent an ihre Mitglieder weitergeben, die längst vom Reich gelohnt, sogar niedergeschlagen waren. Die Darlehensstellen sind nicht gefüllt, sondern Herren der Bauern. Sie gehen noch weiter: der Bauer, der ein Darlehen braucht, muß sich der Kontrolle der Banken und Darlehensstellen unterwerfen, die ihm Erzeugung, Abtrieb und den eigenen Verbrauch schließlich vorzeichnen.

Die alte Leibeigenschaft kehrt wieder in neuer Form: der Bauer wird Leibeigener des Finanzkapitals — und seine Genossenschaft ist der Provost dieser Banken.

„Die Landwirtschaft ist eine Verlustwirtschaft!“ rufen die Führer der „Grünen Front“, und der Bauer spürt das täglich am eigenen Leib. Aber gerade die Herren, die am lautesten schreien, sind vollkommen damit einverstanden, daß der kleine Bauer oder der Arbeiter mit etwas Landwirtschaft heute noch Kaufpreise bezahlen, die weit über Friedenspachten stehen, z. B. doppelt und dreifach je hoch sind. Von den kleinsten Zwergbauern unter 2 Hektar sind 52,2 Prozent auf Pachtland angewiesen, von den Kleinbauern bis 5 Hektar sind es sogar 55,5 Prozent! Bei den mittleren Bauern bis 10 Hektar immer noch 46,9 Prozent! Alle diese bezahlen mit Schweiz und Hunger das mühselige Einkommen der Grundherren!

Vor allem sind es die kleinen Gemüßbauern, deren Arbeitslohn eine Goldquelle für den großen Grundbesitz ist. Bei Erfurt zahlten die kleinen Gemüßbauern vor dem Krieg 20 bis 40 Mark je Morgen Pacht, heute 200 Mark und darüber. Für Spargelbau zahlte der kleine Pächter bei Herbst 800 bis 1500 Mark je Hektar, bei Braunschw. 3000 Mark (!) — schreibe dreihundert Mark — je Morgen. Besonders preistreibend wirkt die Gier vieler Gemeinden, z. B. der Stadt Berlin, ihre Gemeindeforderungen an Grundpächter zu geben, die weiterverpachten. Viele staatliche Domänenpächter ziehen aus solcher widerlichen Unterverpachtung gewaltigen Nutzen. Die Grundpächter der Stadt Berlin zahlen einschließl. Steuer durchschnittlich 35 Mark je

Morgen für Rieselland und geben es für 80 bis 140 Mark an die bäuerlichen Pächter weiter. Die Berliner Rieselländpächter führen mit Unterstützung der Kommunisten gegen diesen Pächterwucher seit Jahren einen harten Kampf.

Der Zwischenhandel lebt auf Kosten der Bauern und Arbeiter

Draußen im Lande erzielt der Bauer für seine Produkte nicht die Herstellungskosten, in der Stadt ist von „Preisabbau“ nichts zu hören. Brot fiel in Berlin um 4 Pfg. — und wurde im April trotz „Preisabbau“ wieder um 2 Pfg. erhöht. Milch fiel um 1 Pfg., Schweinebauch um 8 Pfg. das Pfund. Den Arbeitern kürzt man den Wochenlohn um 6, 8 ja 10 Prozent, das sind je nachdem 4 bis 6 Mark die Woche, aber der „Preisabbau“ macht für die ganze Familie kaum 50 Pfg. aus!

Der Bauer in der Provinz bekommt 8 bis 9 Pfg. für die Milch, in Berlin zahlt man 20 Pfg.

Für frische Eier bekam der Bauer zur Osterzeit 7 bis 8 Pfg., in Berlin zählte man 12 und 14 Pfg.

Kartoffeln kosteten beim Erzeuger in der Mark Brandenburg im Februar 1,25 Mark, in Berlin zählte man 4,50 Mark. Viele Bauern waren froh, wenn sie 0,80 bis 1,00 Mark erhielten.

Letzen Herbst bekam der schleswig-holsteinische Bauer für Blumenloch 0,70 Mark je Zentner, in der Zentralmarkthalle Berlin wurden 7,50 Mark genommen. Die Südbauern bei Stuttgart mußten froh sein, wenn die Sauertraufabriken 40 Pfg. je 50 Kilogramm bezahlten und zogen es daher vor, große Mengen herrlichen Weißkohls ans Vieh zu versetzen. Kirchen wurden in Mitteldeutschland dem Bauern im letzten Sommer mit 8 und 9 Pfg. das Pfund bezahlt, in Berlin und anderen Großstädten kosteten sie 40 bis 60 Pfg.

Toll sind die Preisspannen beim Brot! Vor dem Kriege betrug der Unterschied zwischen den Preisen bei Roggen und Brot 12 Pfg. je Kilogramm, heute 22 Pfg.! Auch nach dem „Preisabbau“ blieb in Berlin das Brot noch 150 Prozent teurer als bei Roggen.

Und wie steht's mit den Fleischpreisen? Nach einer Aufstellung von Dr. Paul Rupprecht in Dresden betrug der Preisindex am Berliner Markt:

	1913	1920
Rindfleischpreis	109	125
Schweinepreis	100	130
Schweinefleischpreis	100	182
Roggenpreis	100	83
Roggenbrotpreis	100	135
Weizenpreis	100	126,3
Weizenmehl	100	134,5
Weizengebäck	100	188,3

Wer ist an diesen ungeheuerlichen Verhältnissen schuldig? Am wenigsten doch die kleinen Schlächter und Badermeister, die von hohen Steuern und Ladenmieten bedrückt werden.

Einen großen Teil der Schuld tragen Großhändler, Großmühlen, Großfleischereien, Konjunkturfabriken, Brotfabriken u. dgl. Bietet der Bauer an, so holen sie mit dem Einkauf zurück, und kaufen der Konsument, so steigen sie die Preise. Bei der letzten großen Getreidepreiserhöhung haben Großmühlentzerner es sehr gut verstanden, sich nachher im In- und Auslande billig einzuheben, aber nachher waren sie die ersten, die den Mehlpreis heraufsetzten. Die Fabriken für Gemüse- und Obstkonzerne spekulieren mit der geringen Haltbarkeit dieser Feldfrüchte; der Bauer muß denn nehmen, was sie bieten. Am schlimmsten steht es bei den Marktarbeitern, z. B. Huterleuten, Ackerl u. dgl. Hier sind alle Fabriken im Ring, drücken die Preise bei dem Erzeuger und halten die eigenen hoch.

Zu den Spekulanten kommt der Staat als Hauptpreisverleurer. Umlagssteuer, Getränkesteuer, Biersteuer, Zuckerversteuer, Tabaksteuer — jede Steuer, die den Erzeuger, Verarbeiter und den Zwischenhandel — belastet, muß schließlich und endlich der Konsument bezahlen. Nur der kleine Bauer kann die Steuer nicht abwälzen. Der Staat ist auch mit Schuld an den Wucherermieten für gewerbliche Räume, die heute oft genug das 4, 5, ja 7- und 8fache der Friedensmiete betragen. Man kann nicht auf die großen Preisspannen schimpfen, wie es die „Grüne Front“ tut, wenn man nicht gleichzeitig den großen Händlerringen, Mühlenkonzernen, Konjunkturfabriken und Brotfabriken und dem verdrängten Lauff der Kopfsteuer, Getränke- und anderer Verbrauchssteuern (sowie dem Mietwucher) zu Leibe geht.

Ja, sagt die Regierung, man muß den „Misch regulieren“, 100 Millionen hat man schon verpulvert, um die laabwidrigsten Gesellschäften unter einen Hut zu bringen. Einige hundert Millionen sind in den letzten drei Jahren draufgegangen, um die „Preise zu kühlen“, für „Marktberatung“, „Marktberichtigung“ und für die sogenannte „Standaufbesserung“. Was hat der Bauer von allen diesen Maßnahmen gesehen? Geld hat es gefehlt, Steuern hat er bezahlt. Da ist z. B. die „Marktberatung“, Vorschriften über Reinheit der Milch, Kontrolle, Qualitätsstufen. Und der Erfolg? Der kleine Bauer kann das gar nicht alles durchführen. Die Folge, daß die großen Molkereien und Milchhöfe die ganze Milchgewerwertung an sich reißen, den Bauern durch Lieferzwang binden, den Konsumenten Monopolpreise billieren. Umsonst haben die Kommunisten gefordert, daß Mittel bereitgestellt werden, um die Bestimmungen des Milchgesetzes für die kleinen Bauern auch durchführbar zu machen. Jetzt sollen die Bauern — wie in Sachen — für diese Zwecke noch eine Eutersteuer, den „A u b t a l e r“, bezahlen.

IX.

Die Wucherpreise der Großindustrie

Die Tonne Stabelfen verkauft der Stahlwerk in Deutschland zu 137 Mark, im Ausland zu 80 Mark. Kali- und Stickstoffindustrie zahlen hohe Dividenden und verkaufen Düngemittel ins Ausland billiger als an den deutschen Bauern.

Seit Jahren fordern die Bauern stürmisch: Herabsetzung der Preise für künstliche Düngemittel, insbesondere für Kali. Die Kaliumindustrie erklärt einen Preisabbau für unmöglich, der Reichsrat rührt sich nicht. Das Kali ist gerade für die leideten Böden des Oberrhein ein wichtiges Produktionsmittel. Die hochpreisigen Kalisole sind seit 1913 trotz gewaltiger Beschäftigung der Produktion und Gerabridung der Produktionskosten um 20 Prozent verteuert worden. Als schließlich 1929 im Preussischen Landtag ein Antrag auf Senkung der Kalipreise gestellt wurde, verhandelte das Kalisyndikat mit dem Reichsernährungsminister Schiele. Schiele hat über seine Verhandlungen kein Wort verlauten lassen — später hörte man, daß das Kalisyndikat den Führern der „Grünen Front“ einen Betrag von 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat — angeblich zur „Förderung der Landwirtschaft“. Um 5 Millionen Mark haben aber die Führer der „Grünen Front“ — das sind Graf Kaldtrub, Präsident der Reichslandsbundes, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Führer der „Christlichen Bauernvereine“, und Staatsminister a. D. sehr vom Bayerischen Bauernbund — die Interessen von Millionen Bauern glatt verraten. Dem Kalisyndikat trugen diese 5 Millionen Schmiergelber wieder Zinsen: im Not- und Hungerjahr 1930 hatten

die Kaliwerke Salzdettfurth AG. einen Reingewinn von 4,39 Millionen Mark (i. V. 4,40 Millionen Mark) und zahlten auf Stammaktien 10 Prozent Dividende.

Die Kaliwerke Hahersleben wiesen einen Reingewinn aus von 2,47 Millionen Mark (i. V. 2,46 Millionen Mark) und zahlten ebenfalls 10 Prozent Dividende.

Die Konsolidierten Kaliwerke Bitterfeld wiesen einen Reingewinn von 2,45 Millionen Mark (i. V. 2,45 Millionen Mark) aus, ebenfalls 10 Prozent Dividende.

Die Burbach-Kaliwerke AG. hatten einen Reingewinn von 8,61 Millionen Mark (i. V. 8,75 Millionen Mark) und zahlten 12 Prozent Dividende.

Die Bauern wissen nun, warum die Kalipreise nicht abgebaut werden: damit die launen Affronte ihre 10 bis 12 Prozent Dividenden sicher einstecken können. Dividendensteuer wird aber vom Reichsrat, in dem Joseph Kagi wie SPD, Landvolk wie Zentrumsmänner den Ausschlag geben, abgelehnt!

Genau wie die Kaliwerke handeln alle großen Industrien und Großbanken.

Siemens u. Halske AG., Berlin, hatte im Vorjahr 1930 nicht weniger als 16,4 Millionen Mark Reingewinn und zahlte 14 Prozent Dividende.

Die Gutehoffnungshütte hat bei verkeimertem Umsatz ihren Reingewinn von 5,82 Millionen Mark auf 8,63 Millionen Mark gesteigert.

Bei Rheinmetallgesellschaft fiel der Umsatz von 56 auf 45 Millionen Mark, sie erhöhte ihre Abschreibungen von 2,43 auf 4,08 Millionen Mark und trotzdem auch noch den Reingewinn von 1,81 Millionen Mark auf 1,92 Millionen Mark.

Glänzende Gewinne machten die Hypothekendarlehen für häßlichen und ländlichen Grundbesitz. Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypo-

thekendarlehen (6 Banken) zahlte für das Not- und Hungerjahr 1930 bei einem Kapital von 17,7 Millionen Mark volle 12 Prozent Dividende. Auch die Mitteldeutsche Bodentreditanstalt Grotz-Berlin bucht einen Reingewinn von 1,11 Millionen Mark, gegen 0,97 Millionen Mark im Vorjahr und zahlte 12 Prozent Dividende. Der Bauer weiß also, warum die Darlehenszinsen so hoch sind!

Karlum aber führen die Führer der „Grünen Front“ keinen Kampf gegen diesen Preis- und Zinswucher der Großindustrie und Banken? Weil die Großgrundbesitzer fast ausschließlich aus namhaften selbständigen Unternehmungen beteiligt sind und außerdem z. B. bei Kali und Stickstoff Maschinen usw. bis 30 Prozent Preisermäßigung erhalten. Auch hier stehen sich Kleinbauern und Gutsbesitzer in ihren Interessen diametral gegenüber.

Der Preiswucher für landwirtschaftliche Produkte steht heute auf 107, für industrielle Fertigerwaren auf 137,8, aber in ganz Deutschland findet sich kein Minister und kein Parlament, die den Trakt, Kartellen und Syndikaten befehlen würden: herunter mit den Wucherpreisen! Hund 3 Milliarden jährlich zahlt das deutsche Volk über den Weltmarktpreis hinaus als Vertriebsbeitrag an die allmächtigen Industriekartelle.

X.

Verhungern bei vollen Scheunen!

„Wir erwidern im Ueberflus“, jammerte neulich im Reichstag der „Ernährungs“minister Schiele. Aber kann man von Ueberflus reden, wenn Millionen Erwerbslose mit ihren Kindern hungert auf der Straße stehen? Kann man von „Ueberflus“ reden, während Millionen Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende, mit den Wenigsten rechnen, Margarine statt Butter, Käsefleisch statt Schweinebäcon essen und Millionen Kinder blutarm und fleisch aufwachsen, weil ihnen Milch und Gemüse fehlt?

Vor kurzem veröffentlichte der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands das Ergebnis seiner Untersuchungen über den Nahrungsverbrauch in den einzelnen Einkommensstufen. Was ergab sich da? Je geringer das Einkommen, desto geringer der Verbrauch gerade an kostwertigen Lebensmitteln, gerade an den Hauptnahrungsmitteln der Bauernwirtschaft. Hier die Tabelle! Ein erwachsener Eisenbahnarbeiter verbraucht jährlich:

	in der unteren Einkommensstufe (bis 2500 Mark im Jahr)	in der höchsten Einkommensstufe (über 4200 Mark im Jahr)
Milch	189,9 Liter	213,9 Liter
Eier	37 Kilogr.	81 Kilogr.
Fleisch	83 Stüd	201 Stüd
Gemüse	25,8 Kilogr.	48,8 Kilogr.
Obst	17,3 Kilogr.	34,8 Kilogr.
Juder	18,6 Kilogr.	34,3 Kilogr.
	17,8 Kilogr.	27,4 Kilogr.

Bauer, überlege! Heute erreichen schon Millionen Arbeiterfamilien nicht einmal 2500 Mark Einkommen im Jahr! Welche ar-

tigen Mehrmengen würde die Landwirtschaft ablehnen, wenn es gelänge, das Einkommen aller Lohn- und Gehaltsempfänger auf etwa 4000 Mark im Jahr zu erhöhen!

Heute flagen die Molkereien und Milchböden jeden Sommer über „Milchschwemme“ und beklagen damit die niederen Erzeugerpreise für den kleinen Bauern. Und doch gäbe es keine „Milchschwemme“ weder in Berlin noch in Nürnberg, noch sonstwo, wenn die deutschen Arbeitermassen und insbesondere die Arbeitslosen imstande wären, ihren Kindern genug erstklassige Vollmilch, genug gute Butter — und weniger Margarine — zu geben. Der tägliche Milchverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung im Ruhrgebiet und in Berlin beträgt 3/4 ein viertel Liter, während er in Holland oder Dänemark drei viertel Liter beträgt. Was hilft es dem deutschen Bauern, wenn ihm gesagt wird: du mußt besseres Vieh, besseres Futter, bessere und mehr Milch produzieren, wenn man für Milch, Butter, Käse (Qualitäts- und Preisfragen (Markenmilch, Markenbutter)) einzrichtet: 1. ohne dem Bauern zu lohnen, wobei er das Geld nehmen soll; 2. ohne dem Arbeiter das Geld zu geben, mit dem er die Qualitätsware täglich kaufen kann.

Nicht zweifel, nicht genug Lebensmittel würden in Deutschland erzeugt, wenn jeder deutsche Staatsbürger satt zu essen hätte! Es bleibt wahr, was die Führer der „Grünen Front“ nicht hören wollen: der tiefste Grund der Bauernnot ist heute neben der Ausbeutung durch Staat, Grundbesitzer, Banken und Industrietrusts — das Hungertod der Erwerbslosenmassen, die Hungerlöhne breiter Schichten der Lohnarbeiter in Deutschland wie im Ausland!

Arbeiternot ist Bauernnot!

XI.

Milliarden für die Großen

Kein Geld für die Arbeiter und Bauern

„Deutschland ist eben arm, da muß jeder ein Opfer bringen“, wird dem Bauern geantwortet, wenn er Forderungen auf dringende Hilfe stellt. Aber wer bringt die Opfer und wer bekommt die Opfer in Deutschland? In den Jahren 1925 bis 1930 haben Reich und Länder — auf Kosten der Steuerzahler und der sozialen Einrichtungen für Hilfsbedürftige — rund 3000 Millionen Mark allein an Beihilfen, Krediten und Garantien für die Landwirtschaft gegeben. Erst im Frühjahr 1931 wurde die „Schiffse“ beschissen, durch die allein wieder in den kommenden 5 bis 6 Jahren rund 2500 Millionen Mark der ostdeutschen Landwirtschaft zugeführt werden.

Wer hat diese ungeheuren Summen bekommen?

Jeder Arbeitshauer weiß, wie schwer es ihm fällt, bei Behörden und Kassen etwas für seine kleine Wirtschaft freizubekommen. Man braucht aber nur ein Graf Waldjama aus Oberschlesien mit über 13 000 Hektar oder ein Herr v. Wehne in Ostpreußen oder v. Rühwitz in Pommern zu sein, und alle Quellen fließen. Wie bei der Ostpreußenhilfe 1929, bei denen jeder 3. Großbetrieb, aber nur jeder 43. Bauern-

betrieb etwas erhielt, wurde es schon 1927 bei der Verteilung der 300 Millionen Mark auf Goldschonkbankkredite gemacht. Das waren damals die billigen Kredite, die man bekommen konnte: 99 Prozent Auszahlung und 7 Prozent Zinsen. Von diesen Krediten erhielten z. B. in Ostpreußen 191 Rittergüter zusammen 4,7 Millionen Mark und 369 Bauerngüter zusammen nur 1,5 Millionen Mark. Einzelne große Herren bekamen nach Verteilung des Reichsammillars Rönneburg am 24. Juni 1930 im Höchstmaß 600 000 Mark, ja 750 000 Mark.

Kleine Bauern unter 20 Morgen bekamen je gut wie nichts. Für diese stellte man „Abzahlungskredite“ in großer Anzahl bereit, die sollte der Bauer nicht nur zu 7 oder 8 Prozent verzinsen, sondern auch in 5 jährlichen Raten wieder zurückzahlen. Eine glatte Verbesserung der wertfälligen Bauern.

Auch für die große Industrie hat das Reich immer Geld gehabt: gleich nach der Inflation wurden den Schlotbaronen an der Ruhr nicht weniger als 700 Millionen Mark geschenkt! und seitdem jedes Jahr diesem oder jenem Unternehmen. Auch 1931 erhielt der Mannfelder Bergbau, an dem der rheinische Multimillionär Otto Wolff maßgebend beteiligt ist, 7 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler. Nazis und Sozialdemokraten haben da beigekimmt, nur weil Wolff drohte, Arbeiter sonst zu entlassen. Millionäre, die Arbeiter entlassen, gehören an die Wand gestellt, nicht noch bestraft!

Auch für Bankertrüger und ähnliche schlaue Dinge hat die Republik in den schlimmsten Notjahren Geld in Fülle und Fülle. Für die Marine der angeblich so friedlichen deutschen Republik wurden ausgegeben:

1925	148,0 Millionen Mark
1926	139,6 „ „
1927	227,1 „ „
1928	231,7 „ „
1929	197,7 „ „
1930	188,6 „ „
1931	189,5 „ „

in 7 Jahren . . . 1365,6 Millionen Mark

Allein 50 Millionen Mark werden in diesem Not- und Hungerjahr für neue Kriegsschiffbauten ausgegeben. Dazu kommen rund 500 Millionen Mark jährlich für die Reichswehr und über 40 Millionen Mark für die „Luftaufklärungs!“ Mittel eingerechnet. Und hier die Rubelgehälter aller jener Generale, die gehalten haben, den Krieg zu verlieren, mit Summen von je 18 000 Mark jährlich und darüber.

Als Zuschuß an die Länder für Polizei Ausgaben und Gummihüpfel, Karabiner, Panzerwagen, Tränengasbomben gegen Erwerbslose und kleine Bauern! — sind 195 Millionen Mark im Haushalt 1931 eingelegt.

Dafür wurden abgelehnt:

Der kommunalistische Antrag für eine 20 prozentige Sondersteuer der Millionäre. Wir haben 2500 Millionen in Deutschland mit je einem Reichtumserben von über 500 000 Mark, mit insgesamt rund 20 Milliarden Mark. Auch die Hitlerpartei war gegen die Besteuerung dieser Schwereichen.

Der kommunistische Antrag auf Streichung der 1793,7 Millionen Mark Kriegskongribute aus dem Youngplan. Die Hitlerpartei enthielt sich der Stimme.

Der kommunistische Antrag auf Bekneuerung der Aufsichtsratsmitgliedern und Aktiendividenden, wodurch etwa 400 Millionen Mark eingekommen wären.

Der kommunistische Antrag auf 20prozentige Sondersteuer für die hohen Einkommen über 30 000 Mark jährlich, wodurch noch einmal mindestens 200 Millionen Mark dem Reiche zugeflossen wären.

An Stelle dieser „Notopfer der Reichen“ beschloßen Brüning und seine Freunde:

Zollsteuer	1175 Millionen Mark
Johrsteuer	150 „ „
Biersteuer	510 „ „
Stromerzeugungszulage	270 „ „
Mineralwassersteuer	30 „ „
Mineralölsteuer	15 „ „
Umsatzsteuer	1040 „ „
Versicherungssteuer	65 „ „
Kraftfahrzeugsteuer	230 „ „
Verdönerungssteuer	320 „ „

Dazu kommen:

Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten — trotz der fünf Millionen-Erwerbslosigkeit 1305 „ „
 Tabaksteuer und Landwirtschaftszölle 1175 „ „
 Kreis-, Gemeindeabgaben, Steuern und Umlagen fämen außerdem noch hinzu.

XI.

Arbeiter, Bauern in Stadt und Land, reicht euch die Hand!

Diesem System der Volksausplünderung gegenüber gibt es nur ein Mittel: Zusammenschluß aller Arbeitenden in Stadt und Land! Der Bauer kann nicht leben, wenn die Arbeiter hungern, solange Millionen Kleinbauern und Kleinbauernhöfe sich von Junkern und Kapitalisten gegen die Arbeiter mißbrauchen lassen.

Das große Beispiel Sowjetrußland zeigt den Weg zu Rettung und Aufbau. 1927 waren 90 Prozent des gesamten landwirtschaftlich genutzten russischen Bodens in der Hand der Bauern, unter dem Jotrismus waren es keine 30 Prozent. Heute sind 35 Prozent, das sind rund 8 Millionen Bauernwirtschaften, von der landwirtschaftlichen Einheitssteuer vollkommen befreit, alle Betriebsgesellschaften der Bauern (Kollektivwirtschaften) sind steuer- und kreditbegünstigt.

Mit dem Zusammenschluß der kleinen Einzelbetriebe zu großen Genossenschaftsbetrieben ist dem Kleinbauern der einzige Weg gezeigt zur Anwendung aller Erzeugnisse

schaften der modernen Wissenschaft und Technik und damit zur Erhöhung seiner Erträge, zur Verkürzung seiner Arbeitszeit, zur Befreiung seiner ganzen Lebenshaltung. Heute sind bereits 50 Prozent aller Bauernwirtschaften der Sowjetunion in Kollektion vereinigt. Das Einkommen der „Kollektivbauern“ ist doppelt so hoch wie das Einkommen der Einzelbauern.

Die aufblühende russische Großindustrie hat nicht nur die Erwerbslosigkeit radikal beseitigt, sie benötigt allein im Jahre 1931 2 Millionen neue Arbeitskräfte, das sind 2 Millionen neue Annehmer für die Produkte der Landwirtschaft. Der Fonds für Arbeitslöhne steigt in diesem Jahre von 12,5 Milliarden Rubel auf 15,3 Milliarden Rubel. Das bedeutet rasches Wachsen des Absatzmarktes für die russische Landwirtschaft.

Um auch dem kleinsten Landwirt und der ärmsten Bauerngenossenschaft die Möglichkeit der Anwendung von Maschinen und Traktoren zu geben, hat die Sowjetregierung 1900 Traktorenstationen mit 900 000 Arbeitstufen eingerichtet. Für die Versorgung der Bauernschaft mit landwirtschaftlichen Maschinen sind 1931 260 Millionen Rubel = 320 Millionen Mark eingelegt.

Die großen Einkäufe der Sowjetunion an Saatgut und Düngemisch bringen auch den deutschen Bauern Geld ins Haus, wie die russischen Industrieaufträge den deutschen Arbeitslosen Arbeit verschaffen.

Die Sorge gegen die Getreideausfuhr der Sowjetunion ist nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver, damit die deutschen Bauern nicht merken sollen, welcher großartige Fortschritt sich im Osten Europas vollzieht. Man schreibt über den „Hungertopf“ aus Rußland, aber in Deutschland hungern 5 Millionen Arbeitslose mit Weib und Kindern vor den geschlossenen Scheunen der Junker.

Man schreibt über die Verflawung des russischen Bauern, weil er mit dem Staate Lieferverträge abschließt, aber in Deutschland schränkt man zwangsweise den Zuderrübenanbau der kleinen Bauern ein, damit den Großen seine Konkurrenz gemacht wird.

Nicht in dem kommunistischen Sowjetrußland, wohl aber in dem kapitalistischen Deutschland werden die Bauern zwangsentzignet und von der Scholle vertrieben. Im Westerrwald legen vor einiger Zeit verzweifte Kleinbauern Feuer an die Höfe, die zwangsverteigert werden sollten. Diese brennenden Bauernhöfe sind ein Flammenschild für die arbeitende Landbevölkerung. Im bürgerlichen Deutschland ist das Privateigentum der Banken und Großgrundbesitzer unantastbar, aber das Arbeitsigentum des Bauern und der Lohn des Arbeiters werden täglich granbt.

Was „rauben“ die Kommunisten dem deutschen Bauern?

Wir wollen die die Steuern rauben! Deine Aternahrung lei steuerfrei! Fort mit Umsatz- und Verbrauchssteuern!

Wir wollen die die Schulden rauben! Unentgeltliche staatliche Weisheiten und Einrichtung der Hypotheken, Zerrückung der Schuldscheine des kleinen Bauern!

Wir wollen die den Pachtjns rauben! Unentgeltliche Uebertragung des gepachteten Bodens an die werksichtigen Bewirtschaftler! Schluß mit dem Pachtvertrag!

Andererseits führen die Kommunisten den Kampf um:
Boden für den bodenarmen Kleinbauern! Nicht um hohen Preis und nicht durch wucherische Siedlungsellschaften, sondern unentgeltlich.

Den erwerbslosen Söhnen und Töchtern der Kleinbauern volle Arbeitslosenunterstützung! Siebenhunderttag in den Fabriken ohne Lohnföhrung, damit alle nicht nur Arbeit, sondern auch Brot haben!

Den Kranken, gebrechlichen und alten Bauern aber unentgeltliche staatliche Fürsorge, damit die Last des Alters, der Arzt- und Apothekerrechnungen, der Unfallversicherung und den Schulden der arbeitenden Bauern genommen wird!

Arbeitsbauern, ans Werk! In jedem Dorf ein Ausschuss zur Wahrung der Bauernrechte! In jedem Kreis der Bauernkomitees mit den Kampfausschüssen der Arbeiterklasse!

Schluss mit der Diktatur der Junker, Bankiers und Schlotbarone! Fort mit dem Maulkorb für Versammlungen, Zeitungen und Demonstrationen! Schluss mit den Forderungen und Zwangsauflösungen!

Her mit dem Staat der Arbeiter und arbeitenden Bauern!

Die Kommunistische Partei steht als einziger ehrlicher Freund der arbeitenden Bauernschaft an der Spitze dieses Kampfes. Das vom Zentralkomitee der KPD, am 15. Mai 1931 beschlossene Programm der Hilfe für die werttätigen Bauern zeigt den einzigen Ausweg.

Bauernhilfsprogramm der KPD.

Die Schulden der kleinen und mittleren Bauern, Winzer, Gemüsebauern und Kleinfischer betragen mindestens 5 Milliarden Mark!

Wir verlangen Niedererschlagung dieser Schuldenlast!

Die Schuldenzinsen der werttätigen Bauern an die Banken und Geldwucherer betragen jährlich mindestens 500 Millionen Mark!

Weg mit diesem Tribut an das Finanzkapital!

Die direkten Steuern der kleinen Bauern betragen mindestens 150 Millionen Mark jährlich!

Wir fordern Aufhebung dieser Steuerlast und Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern!

Die indirekten Steuern, die den werttätigen Bauer beim Kauf von Produkten stark belasten und durch Verteuerung der Lebenskosten der hüttigen Massen den Absatz der Produkte der Bauernwirtschaft stark einschränken, eine Hauptursache der hohen Preisspanne

zwischen Erzeugers- und Verbraucherpreisen sind, betragen rund 5 Milliarden Mark!

Wir fordern Aufhebung der indirekten Steuern!

Die Pächtskatten der werttätigen Bauern betragen jährlich mindestens 400 Millionen Mark.

Wir fordern Aufhebung dieses Tributs an die Großgrundbesitzer!

15 000 landwirtschaftliche Großbetriebe verfügen in Deutschland über 5,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (ungerechnet Forstbesitz).

Wir fordern entschuldigende Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernjöhne!

2,5 Milliarden Mark gibt die Brüning-Regierung für sogenannte „Dihilfe“ den ostelbischen Junkern, Großbauern und Bankherren.

Wir fordern staatliche Beihilfe für die werttätigen Bauern, Beihilfeleistung der 2,5 Milliarden Mark „Dihilfe“-Mittel ausschließlich für die Werttätigen!

Die Futtermittel- und Industriezollpolitik der Brüning-Scheele-Regierung erhöhen die Produktionskosten der bäuerlichen Wirtschaft um etwa 40 Prozent. Die Getreidezölle verteuern die Lebenshaltung der auf Zuliefer von Brotgetreide angewiesenen Kleinbauern, schränken die Konsumkraft der Massen und damit die Absatzmöglichkeit für die Produkte der Bauernwirtschaft enorm ein.

Wir fordern Aufhebung der volkseindlichen Zölle!

Hunderttausende kleine Bauern, Bauernjöhne und -töchter haben durch Massenarbeitslosigkeit den zur Erhaltung der bäuerlichen Existenz notwendigen Verdienst aus Lohnarbeit verloren. Die Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Deutschland bedeutet allein eine Verminderung des Masseneinkommens und der Konsumkraft um 5 Milliarden Mark jährlich. Wiederherstellung dieser Konsumkraft bedeutet Erweiterung des Absatzmarktes für landwirtschaftliche Produkte um 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion. Das von der kommunistischen Partei aufgestellte Programm zur Arbeitsbeschaffung durch Arbeitseinsatzversicherung auf 40 Stunden in der Woche mit Lohnausgleich, Wohnungs- und Straßenbau, Aufregulierung um ermöglicht Arbeit für alle Arbeitslosen und Hebung der Massenkonsumkraft.

Wir fordern beschleunigte Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD!

Durch Gesetze und Verordnungen haben der Reichstag und die Regierung bestimmt, daß zehntausende der von Arbeitslosigkeit betroffenen, auf Lohnarbeit angewiesenen Kleinbauern, Bauernjöhne,

wie auch die Kleinfischer, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, damit der Ruin ihrer kleinen Wirtschaft befehleigt wird.

Wir fordern volle Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, auch für die von Arbeitslosigkeit betroffenen kleinen Bauern, die Bauernjugend und Kleinfischer!

Die Belastung durch Altenteile, aus wohnortverbundenen Sicherung des Lebensniveaus der alten Bauern und Bäuerinnen, ist für Hunderttausende bäuerlicher Betriebe untragbar geworden. Ausgaben für erkrankte Familienmitglieder (Krank, Arzneikosten usw.) können größtenteils von den bäuerlichen Massen nicht mehr getragen werden. Altenteil und Krankenkosten belasten die bäuerlichen Wirtschaften mit mindestens 500 Millionen Mark jährlich.

Wir fordern staatliche Alters- und Krankenfürsorge für die Kleinbauernschaft, Winzer und Fischer!

Durch ihre schicksalhafte Verordnung vom 27. März 1931 verfügte die Brüning-Schleier-Regierung gegenüber der Großagrarier die zwingende Einschränkung des Anbaues von Zuckerrüben um 30 bis 40 Prozent für die bäuerlichen Zuckerrübenplanter. Mit Hilfe des Reichsbrandtweinmonopols verfügt die Regierung gegenüber der großen Brennereien eine unerhörte Einschränkung des Brennrechts der Kleinbäuerlichen Brenner.

Wir fordern sofortige Aufhebung der Zuckerrüben-Kontingenteregierungsverordnung vom 27. März 1931 und Aufhebung der Beschränkung des Brennrechts der bäuerlichen Kleinbrenner!

Die Unternehmer führen eine unerhörte Offensive zum Abbau der Löhne der Arbeiter und Angestellten um 10 bis 30 Prozent. Die Durchführung dieses Lohnraubes würde eine Senkung der Massenkonsumkraft um weitere 4 bis 5 Milliarden Mark und damit weitere Einschränkung des Volksgutes für Agrarprodukts um etwa 30 bis 40 Prozent des Gesamtwertes der landwirtschaftlichen Produktion bedeuten, ferner auch Senkung des Einkommens der noch in Lohnarbeit lebenden Kleinbauern und der Bauernjugend. Unter Führung der Kommunistischen Partei und der AGL muß deshalb die werktätige Bauernschaft den Kampf des Proletariats unterstützen:

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Rund 2 Milliarden Mark jährlich betragen die durch den Young-Plan festgelegten Reparationsraten, die die deutschen Kapitalisten voll und ganz aus den arbeitenden Massen herauspressen.

Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!

Kampf für die Besserung der Lage der Arbeiter und Bauern, für die Arbeiter- und Bauernregierung, für ein freies sozialistisches Deutschland!

24

Broschüren für die werktätige Landbevölkerung

Die Forderungen der Grünen Front vor dem

Reichstag / Herausgegeben von der kommunistisch. Reichstagsfraktion

Die Vertreter der Grünen Front behaupten, daß durch sie die Wünsche aller Landwirte berücksichtigt würden, also sowohl der Großgrundbesitzer als auch der Kleinbauern. Die Unsinngigkeit dieser Behauptung beleuchtet die kommunistische Reichstagsfraktion an Hand von Schaubildern über die Verteilung des landwirtschaftlich genutzten Bodens und über den Wert der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Durch Abdruck des amtlichen Stenogramms der Auseinandersetzung ihres Sprechers mit den Vertretern der Grünen Front im Reichstag und durch Vorlage einer Reihe von bäuerlichen Anträgen, die von ihr eingebracht wurden, zeigt sie, daß nur die Kommunisten sich für die werktätige Bauernschaft einsetzen.

Wer hilft dem Landvolk?

In der Broschüre zeigt der Reichs-Bauernbund die Ursachen des Zerfalls der Bauernwirtschaften auf und zeigt gleichzeitig den Ausweg aus weiterer Verelendung. Dieser Ausweg kann nur im engsten Kampfbündnis mit den Werktätigen, insbesondere mit der revolutionären Arbeiterschaft, siegreich besritten werden.

Die Gutsherren bauen die Löhne ab

Die Broschüre bringt Material über die Landarbeiterfrage. Aus dem Inhalt: Der Lohnraub der Gutsherren und wie er verhindert werden kann. / Rede des Landarbeiterführers Neddermeyer vor dem Preussischen Landtag. / Landarbeiterarbeit der kommunistischen Fraktion im Landtag; Abstimmung der einzelnen Parteien über diese Anträge.

Putz: Der Bauer mit dem Traktor / Kollektivwirtschaften und Staatsgüter in der Sowjetunion.

Der Sozialismus läßt sich nur verwirklichen, wenn parallel mit der Entwicklung der sozialistischen Industrie die Entwicklung einer sozialistischen Landwirtschaft vor sich geht. Die Broschüre gibt ein solches Bild über diese Entwicklung der neuen Epoche, deren Symbol der Bauer mit dem Traktor ist.

Bauer Giesbrecht wandert zurück nach Sibirien

Die Broschüre zeigt die Ursachen der Auswanderung russischer Bauern aus ihrer Heimat und die Sowjetbete, die damit verbunden war. Einer dieser Bauern, der inzwischen in seine Heimat zurückgekehrt ist, schildert anschaulich das Leben in seinem Heimatdorf und die Enttäuschungen der Auswanderer in Deutschland.

Was ist der Fünfjahrplan?

In dieser Broschüre ist in lebendigen Bildern der gigantische Kampf des siegreichen russischen Proletariats um die Verwirklichung des Sozialismus beschrieben. Die ersten Erfolge sind schon sichtbar. Eine mächtige Industrie wird aufgebaut. Großzügige soziale Einrichtungen werden geschaffen, Siebenstundentag und Fünftagewoche durchgeführt. Jede Broschüre (16 Seiten) 10 Pfennig

Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

Die Wahrheit über die USSR.

Das Land ohne Arbeitslose

Ein Kenner Sowjetrußlands zeigt mit Hilfe von Statistiken, daß in der Sowjetunion im Rahmen des Fünfjahresplanes und der Fünftage-woche für jeden Werktätigen reichlich Arbeit vorhanden ist und daß alle Meldungen der SPD-Presse über Hunger und Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion erlogen sind.

150 befreite Völker

Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion. Das Nationalitätenproblem, eine der schwierigsten Fragen, mit denen die kapitalistischen Staaten zu ringen haben, ist in der USSR gelöst worden. Die Freiheit der Nationen, beim Bürgertum nur ein Schlagwort, wurde in der Sowjetunion erreicht. Hier leben über 150 Völker nebeneinander, befreit vom Kapitalismus, befreit von nationaler Unterdrückung.

Ural-Kusbaß

Das neue Zentrum der sozialistischen Schwerindustrie. Mitten in Sibirien ist ein Kohlenbecken gelagert, Kusnez, das die Kohlenvorräte ganz Deutschlands um das Vierfache übertrifft. 2000 Kilometer davon entfernt, im Ural, sind gewaltige Erzlager. Es wird eine Verbindungsbahn gebaut, dreimal so lang wie Turksib, und so entsteht der Mittelpunkt der sozialistischen Schwerindustrie. 6,5 Millionen Tonnen Gußeisen werden bereits 1933 hier geschmolzen.

Volksgesundheit, eine wichtige Voraussetzung für den sozialistischen Aufbau in der USSR.

Während in der deutschen Republik Wissenschaftler und Aerzte vorwiegend die Aufgabe haben, die arbeitende Bevölkerung bis zum Zusammenbrechen „arbeitsfähig“ zu erhalten, richtet die Sowjetmedizin und die Sowjetwissenschaft ihr Augenmerk darauf, Krankheiten zu verhüten, den erkrankten Arbeiter so lange zweckmäßig zu behandeln, daß er voll arbeitsfähig wird. Die Parole des Volksgesundheitskommissariats lautet: „Vorbeugung ist wichtiger als Heilung.“

Millionen Frauen finden Arbeit und Brot

1 300 000 Frauen sind in Deutschland arbeitslos. In der USSR werden im Jahre 1931 1 600 000 Frauen in den Arbeitsprozeß eingereicht. Alle Berufe stehen ihnen offen. So wurde gleichzeitig mit der proletarischen Klasse auch die proletarische Frau befreit.

Jede Broschüre, 16 Seiten, nur 10 Pfennig.

Die Broschüren sind erhältlich in jeder Buchhandlung, wo nicht, wenden Sie sich direkt an den

Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin C 25